

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
-Amt für Straßen und Verkehr-

Bremen, den 16. Dezember 2013
Tel.: 361-69 34 (Frau Osterloh)

Deputation für Umwelt, Bau und Verkehr (S)

**Bericht der Verwaltung
für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,
Stadtentwicklung und Energie(S)
am 19. Dezember 2013**

Prüfung der Radwegebenutzungspflicht in der Stadt Bremen

In der Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie am 10. Mai 2012 wurde über den Stand der Umsetzung des Projektes zur Radwegebenutzungspflicht informiert. Im September 2013 ist die erste Stufe der Aufhebung von Benutzungspflichten abgeschlossen worden und die zweite Stufe wurde begonnen.

Sachdarstellung:

Die erste Stufe der Prüfung und Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht beschränkte sich auf die rechtseitigen Einrichtungsradwege. Wegen der seinerzeit angekündigten Novellierung der StVO, die Änderungen hinsichtlich der Anordnungsmöglichkeiten für Beidrichtungsradwege vorsah, wurde der Bereich der Beidrichtungsradwege zunächst ausgenommen. Durch die StVO-Novellierung besteht seit dem 01. April 2013 die Möglichkeit der Freigabe linker Radwege in Gegenrichtung durch Kennzeichnung nur mit dem Zusatzzeichen „Radverkehr frei“. Die Freigabe linker Radwege war vorher nur mit Anordnung der Benutzungspflicht möglich. Generell sollte die gegenläufige Befahrbarkeit linker Radwege wegen der damit verbundenen überdurchschnittlichen Unfallgefahr strengen Kriterien unterliegen (Mindestbreiten, Barrierewirkung von Fahrbahnen, planerischer und finanzieller Aufwand zur Absicherung und Führung an Einmündungen und Knotenpunkten).

Das beauftragte Ingenieurbüro hat nunmehr die Untersuchung der benutzungspflichtigen Zweirichtungsradwege abgeschlossen. 1365 Schilderstandorte, die zum Teil mehrere Verkehrszeichen aufweisen, wurden erfasst. Es empfiehlt den Abbau von 859 Verkehrszeichen und sieht 635 Standorte mit Änderung der Beschilderung vor. Damit kann die Benutzungspflicht dieser Radwege von derzeit 119,7 km auf künftig 59,9 km reduziert werden.

Die Umsetzung der Maßnahmen für das gesamtstädtische Radwegenetz hat im Oktober 2013 mit der Einleitung des Anhörungsverfahrens für 13 Beiratsbereiche begonnen und soll sukzessive bis Mitte 2014 abgeschlossen sein. Ein Beirat hat bereits den vorgeschlagenen Änderungen im Stadtteil zugestimmt. Dieser Beschluss enthält ferner den Wunsch, die konkrete Umsetzung der Maßnahme durch Bürgerinformationen zu begleiten. Es ist daher beabsichtigt, die anfallenden Änderungen bremenweit zu bündeln und deren Umsetzung parallel durch Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen.

Beschlussvorschlag:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.